

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

3.4.2006

0020/2006

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Konrad Szymański, Philippe Morillon, Charles Tannock, Ari Vatanen und Bastiaan Belder

zum Schutz der Subsidiarität im Bereich der Gesundheitspolitik in Europa und Übersee

Fristablauf: 3.7.2006

0020/2006

Schriftliche Erklärung zum Schutz der Subsidiarität im Bereich der Gesundheitspolitik in Europa und Übersee

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf das Aktionsprogramm der Internationalen Bevölkerungs- und Entwicklungskonferenz und der darin festgehaltenen nationalen Vorbehalte,
 - gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Subsidiarität zu den grundlegenden Prinzipien der Europäischen Union gehört,
- B. in der Erwägung, dass die WHO reproduktive Gesundheitsrechte so definiert hat, dass sie auch den Zugang zu Methoden der Fruchtbarkeitsregulierung einschließlich der „Unterbrechung unerwünschter Schwangerschaften“ umfassen,
- C. in der Erwägung, dass es kein internationales Abkommen zur Anerkennung der „reproduktiven Rechte“ als Menschenrechte gibt und auch kein entsprechender Konsens innerhalb der EU besteht,
1. fordert die EU-Institutionen auf, die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten uneingeschränkt zu achten und sicherzustellen, dass die Gesundheitspolitik einschließlich der reproduktiven Gesundheit auch weiterhin unter die nationale Subsidiarität fällt und auf Bewerber- oder Beitrittsländer in dieser Hinsicht keinerlei Druck ausgeübt wird;
 2. fordert die EU-Institutionen auf, im Rahmen ihrer Außenbeziehungen keine die reproduktive Gesundheit betreffenden Maßnahmen zu fördern, die innerhalb von Mitgliedstaaten der EU als schädlich oder illegal betrachtet werden,
 3. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner dem Rat, der Kommission und den Mitgliedstaaten zu übermitteln.